

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Bernhard Seidenath

Abg. Andreas Krahl

Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer

Abg. Roland Magerl

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Abg. Christian Kligen

Abg. Helmut Radlmeier

Abg. Kerstin Celina

Abg. Martin Mittag

Abg. Tanja Schorer-Dremel

Staatsminister Klaus Holetschek

Erster Vizepräsident Karl Freller

Präsidentin Ilse Aigner: Wir beginnen mit **Tagesordnungspunkt 1:**

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der CSU-Fraktion

"Gute Pflege im Gesundheitsland Bayern: Große Aufgaben gemeinsam lösen"

Sie kennen das Prozedere. Als Erster hat unser heutiges Geburtstagskind Bernhard Seidenath das Wort. Er darf auch gleich zehn Minuten reden. Ich kann schon erläutern: Momentan funktioniert die Zeitangabe nicht. Wir stoppen aber mit und geben rechtzeitig einen dezenten Hinweis, wenn die Redezeit sich dem Ende zuneigt. Aber zehn Minuten sind ja eine Weile; vielleicht schaffen wir es bis dahin. Also: Bitte schön.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist ein Gesundheitsland. In Bayern werden Gesundheit und Pflege großgeschrieben. Wir haben rund 400 leistungsfähige Krankenhäuser, darunter sechs Uniklinika. Bayern ist Reha-Land Nummer eins.

Im Bereich Gesundheit und Pflege gibt es mehr Arbeitsplätze als in der Automobilindustrie. Wir stellen jedes Jahr 643,4 Millionen Euro Investitionsmittel für unsere Krankenhäuser zur Verfügung. Die Leistungen aus dem Landespflegegeld belaufen sich auf 430 Millionen Euro. Pflegebedürftigen Menschen mit mindestens Pflegegrad 2 zahlen wir 1.000 Euro pro Jahr und sorgen damit für die Würde der Pflegebedürftigen.

Wir haben in Augsburg und Bayreuth über 2.000 neue Medizinstudienplätze geschaffen; in Niederbayern steht es noch bevor. Wir haben die Zahl der Ausbildungsplätze für Hebammen deutlich erhöht, von 105 Fachschulplätzen auf über 200 Hochschul-, das heißt Bachelorstudienplätze; darauf wird Kollege Radlmeier nachher noch eingehen. In 60 Gesundheitsregionen vernetzen wir die Akteure vor Ort und ermöglichen gemeinsame Initiativen. Bayern ist das Land von Sebastian Kneipp. Wir haben mehr als 50 hoch prädikatisierte Kur- und Heilbäder.

Das größte Pfund aber sind 1,2 Millionen Menschen, die Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich, die Pflegekräfte, die Ärztinnen und Ärzte, die Medizinischen Fachangestellten, die Heilmittelerbringer, die Apothekerinnen und Apotheker – und viele, viele mehr. Ihnen allen ein herzliches Vergelts Gott für Ihre tägliche Mühe für unsere Gesundheit!

(Allgemeiner Beifall)

Unser Dank geht auch an den öffentlichen Gesundheitsdienst, an die Beschäftigten des Ministeriums für Gesundheit und Pflege, auch an unseren Gesundheitsminister Klaus Holetschek, der einen richtig guten Job macht. Auch dafür ein herzliches Dankeschön!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das Gesundheitsland Bayern ist gut und stark. Aber nichts ist so gut, dass es nicht noch verbessert werden könnte. Die heutige Aktuelle Stunde haben wir deshalb mit dem Titel "Gute Pflege im Gesundheitsland Bayern: Große Aufgaben gemeinsam lösen!" überschrieben.

Die vergangenen zweieinhalb Jahre haben uns gezeigt, dass Gesundheit das Wichtigste ist. Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts. Die Lehre aus Corona heißt: Gesundheit ist das Fundament jeder weiteren Politik. Daraus sollten wir Konsequenzen ziehen. Danach müssen wir auch politisch handeln. Politik für die Menschen und im Interesse der Menschen muss die Themen Gesundheit und Pflege immer mitdenken.

Wir haben riesige Themen vor der Brust: Fachkräftemangel in allen Bereichen, Liefer-schwierigkeiten bei Medikamenten, hohe Energiekosten, Umsetzung der Digitalisierung. Die Vorteile von Innovationen müssen wir den Menschen angedeihen lassen; das ist eine ethische Verpflichtung. Diese großen Aufgaben müssen wir gemeinsam lösen; es sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Die Lösung muss über Grenzen,

auch über Parteigrenzen hinweg erfolgen, durch Bund und Land gemeinsam. Wir brauchen eine Allianz zugunsten der Menschen jenseits von ideologischen Scheuklappen.

Lassen Sie mich ein paar dieser großen Aufgaben herausgreifen:

Pflege ist ein Megathema, das sich durch den demografischen Wandel doppelt verschärft – durch eine Abnahme auf der Leistungserbringerseite und einen Zuwachs auf der Seite der Inanspruchnahme.

Wie werde ich menschenwürdig gepflegt? Wie kann ich die Pflege für meine Angehörigen sicherstellen? Gerade für pflegende Angehörige tun wir viel durch unsere Pflegestrategie "Gute Pflege. Daheim in Bayern". 70 % der pflegebedürftigen Menschen werden zu Hause gepflegt. Mit dem Programm "PflegesoNah" haben wir es in den vergangenen zwei Jahren geschafft, rund 2.000 Tages- bzw. Kurzzeitpflegeplätze zusätzlich zu schaffen. Damit werden pflegende Angehörige effektiv entlastet. Auf diesem Weg werden wir weitergehen.

Das größte Problem in der Pflege ist aber der Fachkräftemangel. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als darum, eine humanitäre Katastrophe zu verhindern. Deshalb ist es gut, dass das Gesundheits- und Pflegeministerium die Kampagne "NEUEPFLEGE.bayern" aufgelegt hat. Um mehr Menschen für den Pflegeberuf zu gewinnen, hat der Freistaat diese Kampagne gestartet, in der Profession und Professionalität der Pflegenden im Vordergrund stehen. Nähere Informationen sind unter www.neuepflege.bayern zu finden.

Ich verweise auf den Instagram-Auftritt "Pflegendär", um insbesondere junge Leute anzusprechen, sie mit den Herausforderungen der Praxis bekannt zu machen und mit echten Pflege-Azubis ins Gespräch kommen zu lassen. Schauen Sie einfach mal rein. Die Gestaltung ist fachlich orientiert, konzipiert von Leuten, die Pflege leben; präsentiert wird sozusagen Insiderwissen. Hingewiesen wird auf die generalistische Ausbildung und darauf, dass der Pflegeberuf vielseitig, zukunftssicher und gut bezahlt ist.

Schon ab dem ersten Ausbildungsjahr gibt es 1.190 Euro, wenn nach dem Tarifvertrag für Auszubildende des öffentlichen Dienstes bezahlt wird. Sie finden dort junge, freche Sprüche, zum Beispiel: "Experten werden nicht geboren. Sie werden ausgebildet." Auch gibt es schöne Give-aways wie die Handcreme. Das ist eine hervorragende Kampagne. Dafür gilt dem Ministerium ein herzliches Dankeschön.

Der Bund muss aber flankieren. Wir brauchen eine echte Pflegestrukturereform. Emmi Zeulner, Klaus Holetschek und ich haben hierzu Vorschläge gemacht. Wir haben sogar davon gesprochen, dass eine Revolution in der Pflege nötig ist.

Wir haben ein akutes, aktuelles Problem: Das Tariffreuegesetz und die von diesem ausgelösten Tarifsteigerungen in der Pflege sind zwar richtig und wichtig, gerade um die Pflege als Berufsziel attraktiver zu gestalten. Aber wir brauchen zwingend eine Refinanzierung dieser Tarifsteigerungen; denn gerade die ambulanten Pflegedienste, die es vor allem trifft, brauchen die finanziellen Mittel zum Ausgleich; sonst erleben wir in den nächsten Wochen eine Insolvenzelle unter den ambulanten Diensten, unter der letztlich alle pflegebedürftigen Menschen leiden würden. Diese muss unbedingt vermieden werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Umfassende Reformen brauchen wir auch in der Krankenversicherung. Es ist nicht richtig, ihre Handlungsfähigkeit einzuschränken. Abschmelzungen von Reserven sind keine Lösung. Das kann nicht der richtige Weg sein. Wir müssen die Vorschläge, die die Ampelkoalition mit dem sogenannten GKV-Finanzstabilisierungsgesetz gemacht hat, dringend nachbessern. In seiner jetzigen Form führte es eher zu einer Destabilisierung der GKV-Finzen. Die Krankenkassen brauchen mehr Puffer. Der Bund muss versicherungsfremde Leistungen aus Steuermitteln übernehmen. Hierzu gehören insbesondere die 10 Milliarden Euro pro Jahr für die Hartz-IV-Bezieherinnen und -Bezieher.

(Florian von Brunn (SPD): Ich bin enttäuscht, dass Sie neun Minuten bis zur Kritik an der Ampelkoalition gebraucht haben!)

Was die Energiekosten anbelangt, scheint sich auf der Bundesebene Gott sei Dank etwas zu tun. Die Einrichtungen sollen demnach den Regelungen für Großabnehmer aus der Industrie unterfallen und so bei 70 % des Energieverbrauchs ab dem 1. Januar 2023 entlastet werden. Für die übrigen 30 % gibt es den Härtefallfonds mit 8 Milliarden Euro. Das klingt ganz gut. Aber: Die weiteren Kostensteigerungen, die nicht durch Energie entstehen, sondern zum Beispiel durch Verbrauchsmaterialien, technische Geräte oder sonstige Sachkostensteigerungen, müssen auch übernommen werden. Deswegen ist bei diesem Thema noch nicht das Ende der Fahnenstange erreicht.

Die Strukturreformen, die hohen Kostensteigerungen – das sind große Aufgaben in der Pflege. Aber wir müssen auch die Lieferketten für Arzneimittel sicherstellen. Es sind immer weniger Arzneimittel lieferbar. Wir müssen Abhängigkeiten reduzieren und die Produktion ins Inland zurückholen; Vorschläge haben wir gemacht. Die Versorgung mit Medizinprodukten darf nicht gefährdet werden. Wir brauchen mehr Benannte Stellen, die diese Produkte zertifizieren. Sonst sehen wir ab Mitte 2024 wirklich alt aus. Das ist kein Spaß.

In einer Resolution, die wir als CSU-Fraktion in der vorletzten Woche beschlossen haben, fordern wir das Ende der einrichtungsbezogenen Impfpflicht. Wir brauchen bundesweit signifikant mehr Studienanfängerplätze in der Humanmedizin. Wir brauchen eine Stärkung der Gesundheitsfachberufe, insbesondere der Medizinischen Fachangestellten, der Zahnmedizinischen Fachangestellten und der Laborangestellten. Das ist ganz wichtig. Außerdem brauchen wir im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel in Bayern einen Personalpool für alle pflegerischen und medizinischen Berufe. Der ist von der Vereinigung der Pflegenden in Bayern während Corona gut gemanagt worden. Das müssen wir ausweiten auf Ärztinnen und Ärzte sowie auf Hebammen, auch über den Katastrophenfall hinaus. Wir brauchen die Pflichtregistrierung der Pflegekräfte. Wir brauchen mindestens 100 zusätzliche Ausbildungsstellen für Not-

fallsanitäterinnen und Notfallsanitäter. Wir brauchen einen Masterstudiengang für die Hebammen. Wir brauchen bessere Arbeitsbedingungen für die Pflege und weniger Bürokratie. Ein Anreiz für eine höhere Attraktivität könnte beispielsweise sein, einen Teil der Ausbildung im Ausland abzuleisten.

Ich denke, die Interpellation zur psychischen Gesundheit wird heute Abend noch einmal zeigen, dass wir in Bayern mit dem PsychKHG ein tolles Gesetz mit tollen Krisendiensten haben, aber wir brauchen mehr niedergelassene Psychiater. Die Cannabis-Legalisierung zu Rauschzwecken ist ein kompletter Irrweg, weil sie die psychische Problematik durch diese hoch psychoaktive Droge nur noch verstärkt, anstatt dass sie uns weiterhilft.

(Beifall bei der CSU)

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Gesundheit und Pflege sind Themen, die die Menschen hautnah betreffen und sie so sehr bewegen wie wahrscheinlich kaum ein anderes Thema. Ein gesunder Mensch hat 1.000 Wünsche, ein kranker hat nur einen. – Lassen Sie uns deshalb gemeinsam an diesen Themen weiterarbeiten. Bayern hat mit der Kampagne "NEUEPFLEGE" im Gesundheitsland Bayern angestoßen, was ihm möglich ist. Die großen Aufgaben, die weiterhin da sind, müssen wir gemeinsam lösen. Das sind wir den Menschen schuldig. – Danke für Ihre Unterstützung und Danke fürs Zuhören!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht als Nächster der Kollege Andreas Krahl, auch für zehn Minuten.

Andreas Krahl (GRÜNE): Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Bei zehn Minuten Redezeit wird es meine Fraktion sicherlich gutheißen, wenn ich dir, lieber Bernhard, von dieser Stelle aus auch herzliche Geburtstagsgrüße übermittle. Ich

bin mir sicher – so gut kennen wir uns –, dass du dir kein schöneres Geburtstagsgeschenk vorstellen kannst, als heute hier mit mir diese Debatte führen zu dürfen.

(Heiterkeit)

In diesem Sinne: Herzlichen Glückwunsch, Bernhard Seidenath!

(Beifall)

Lieber Bernhard, jetzt bin ich ehrlich: Ich weiß, eigentlich ist der Geburtstag der Tag, an dem du dir etwas wünschen darfst. Ich hätte mir allerdings gewünscht, dass deine Rede zu diesem Tagesordnungspunkt etwas weniger Mischung aus Bill Murray und Franz Beckenbauer gewesen wäre. Warum genau diese beiden? – Auf der einen Seite grüßt täglich das Murmeltier mit Sachen, die eine Ampel-Regierung vielleicht hätte umsetzen müssen. Hingegen erachten wir die Situation hier in Bayern einfach als gut und loben uns als CSU-Fraktion selber. Auf der anderen Seite ist es wie bei Franz Beckenbauer. Warum wie bei Franz Beckenbauer? – Normalerweise kommen die Dankesworte bei einem solchen Tagesordnungspunkt von deiner Fraktion als Klassiker immer kurz vor Weihnachten. Deswegen stelle ich die offizielle Frage: Ja, ist denn heut schon Weihnachten?

Aber kommen wir zum Thema. Ich glaube – und das eint uns –, dass das Thema eines der wichtigsten ist, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auf uns zukommen werden. Um so lange wie irgendwie möglich zu Hause oder auch nur im Quartier selbstbestimmt leben zu können, sind pflegebedürftige Menschen in allererster Linie auf die Hilfe und Unterstützung ihrer Zu- und Angehörigen angewiesen. Dieser größte Pflegedienst Bayerns übernimmt heute bereits mehr als 70 % der Betreuungs- und Pflegeleistungen. Mehr als die Hälfte der pflegenden Angehörigen hat dabei keinerlei – und ich betone: keinerlei – externe professionelle Hilfe; denn die Angebote sind rar, und die Nachfrage ist riesengroß.

Wenn man dann doch einen Pflegeplatz findet, weil es die Menschen zu Hause nicht mehr stemmen können, gefriert den Menschen dann das Blut in den Adern, wenn wieder ein Pflegeskandal mit eklatanten Menschenrechtsverstößen, so wie in Schliersee, so wie in Augsburg, von der Presse aufgedeckt wird.

Jetzt könnte die Staatsregierung ja handfest etwas dagegen tun. Die Staatsregierung könnte massiv in die Pflegeinfrastruktur investieren. Ich stelle gar nicht infrage, dass die Pflegeprogramme gut sind, die du angesprochen hast, wie zum Beispiel "Pflegesohn". Aber stellen Sie sich vor, wir würden 420 Millionen Euro, die aktuell im Gießkannenverfahren im Landespflegegeld ausgegeben werden, in solche Programme investieren. Meine Damen und Herren, was wäre dann in diesem Freistaat alles möglich!

Was wäre schon längst möglich, wenn die Staatsregierung den vor Jahren angedachten Ausbau der Pflegestützpunkte ganz oben auf die Agenda gesetzt hätte? Bayern könnte mit den überfälligen Reformen des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes die Schaffung innovativer Angebote und neuer Wohnformen endlich erleichtern und auch ermöglichen. Bayern könnte sich mit einer Pflegeinfrastrukturplanung einen genaueren Überblick über die Bedarfe und die Angebote hier vor Ort verschaffen und damit ganz vorausschauend agieren, statt der Entwicklung der Bedarfe hinterherzustolpern. Oder Sie probieren es ganz innovativ mal mit einer Umsetzung des Wahlversprechens aus 2018; denn von der damals proklamierten Pflegeplatzgarantie für jeden Bewohner und jede Bewohnerin dieses Freistaats hört man, wenn man ehrlich ist, seit der Landtagswahl 2018 nichts mehr.

Statt all dieser sinnvollen Maßnahmen entscheidet sich die Staatsregierung aber dazu, im Rahmen eines anderen Wahlkampfgeschenkes – ich habe es schon angedeutet – jährlich mehr als 400 Millionen Euro in den Pflegesektor zu pumpen, die keinerlei Auswirkungen auf Pflegeinfrastruktur, auf Pflegequalität, auf die Gewinnung von neuem Fachpersonal und auf die Ausbildung von neuem Fachpersonal haben. All das ist das Bayerische Landespflegegeld. Es ist ein Taschengeld für die einen und ein

Tropfen auf den heißen Stein für die anderen. Sie agieren hier noch immer mit der Gießkanne ohne jegliche nachhaltige Wirkung.

Meine Damen und Herren, so – und da bin ich mir sicher – werden wir die drohende humanitäre Katastrophe, von der ja auch der Gesundheitsminister immer spricht – da gebe ich ihm auch recht –, sicherlich nicht aufhalten können. Meine Damen und Herren, so lassen wir auch die Menschen komplett im Stich, die heute pflegebedürftig sind oder es morgen sein werden. – Ja, sehr geehrter Herr Seidenath, lieber Bernhard, auch das ist die Wahrheit im Gesundheitsland Bayern, das auch wir großschreiben.

Die bevorstehenden Herausforderungen, insbesondere im ländlichen Raum, machen eine Neujustierung der Aufgabenverteilung zur Optimierung dieser Versorgungsstrukturen in unseren Augen unabdingbar. Neue, innovative Konzepte, wie zum Beispiel Pflegefachpersonen als Community Health Nurses in die kommunale Gesundheitsversorgung mit einzubeziehen, wären ein guter und richtiger Schritt zur Verbesserung der Strukturen und brächten die Pflege selbst weiter; sie könnte dann auf Augenhöhe mit anderen Gesundheitsberufen agieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, überhaupt das Thema Augenhöhe: Ich wiederhole gerne an dieser Stelle den Zugewinn, den Erfolg, den das Ministerium bei der Aufsetzung der neuen Imagekampagne zu den Pflegeberufen geschafft hat. Ja, ich erachte sie als durchaus gelungen, gerade, wenn man sie mit der in die Jahre gekommenen und schon vor Jahren nicht richtig gewesenen Herzwerker-Kampagne vergleicht.

Aber das Gesundheitsland Bayern hat noch zahlreiche andere Möglichkeiten, das Image und die Attraktivität des Pflegeberufs zusätzlich zu erhöhen. Es könnte zum Beispiel Wertschätzung zeigen, die über ein "Vergelts Gott!", eine kostenlose Mahlzeit im Pandemiefall und ungerecht verteilte Boni hinausgeht. Den Meisterbonus für fachweitergebildete Pflegefachkräfte fordern wir GRÜNE seit 2018. Ich kann mich noch erinnern: Das war mein erster Antrag im Gesundheitsausschuss. Den Meisterbonus

könnten die Regierungsfractionen gemeinsam fordern; das wäre Wertschätzung, meine Damen und Herren von CSU und von den FREIEN WÄHLERN.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Akademisierung in der Pflege könnte endlich wirklich beherzt vorangetrieben werden. Herr Seidenath, Sie haben einen Masterstudiengang für Hebammen angesprochen, der richtig und wichtig ist. Aber wo wäre dieser Freistaat, wenn wir dieses Herzblut genauso bei den Pflegestudiengängen mit nach vorne nehmen würden, wenn wir Pflegewissenschaften endlich adäquat fördern würden?

Jetzt kommen Sie sicherlich und sagen: Mein Gott, es gibt jetzt das Stipendienprogramm. – Das ist ein schöner Anfang. Wo bleibt aber die pflegewissenschaftliche Fakultät in Bayern? Da müssen wir hin. Wenn wir in diesem Wissenschaftsland, das die Staatsregierung ja proklamiert, auch in diesem Punkt Marktplayer auf europäischem Niveau sein wollen, brauchen wir Pflegefachexpertise, die wir von der Pike auf lernen und die wissenschaftlich so untermauert ist, dass sie mit dem europäischen und weltweiten Niveau mithalten kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Warum, liebe CSU-Fraktion – jetzt spreche ich ganz bewusst ausschließlich die CSU-Fraktion an –, geben wir der größten Berufsgruppe im Gesundheitssystem, im Gesundheitswesen nicht endlich eine eigene und so starke Stimme, wie sie diese Berufsgruppe auch verdient hat? Damit meine ich eine echte berufsständische Selbstverwaltung in Form einer Pflegekammer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Vereinigung der Pflegenden in Bayern dümpelt immer noch mit wenigen Tausend Mitgliedern vor sich hin, obwohl es in Bayern weit über 200.000 Pflegekräfte gibt. Mit einer Pflegekammer wüssten wir jetzt übrigens die Zahl genau und müssten sie nicht schätzen. Im Übrigen wäre die Pflichtregistrierung, Herr Seidenath, die Sie angespro-

chen haben, dann längst umgesetzt, und wir könnten auf diese Zahlen und Daten zurückgreifen.

Abschließend möchte ich sagen: Wir müssen Pflege neu denken. Ich gebe zu bedenken: Die Hebel, um Pflege neu zu denken, haben Sie hier in Bayern in der Hand.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Pflegebeauftragte der Staatsregierung, hier aber in seiner Funktion als Abgeordneter, Herr Prof. Dr. Peter Bauer. – Zehn Minuten für die FREIEN WÄHLER.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meinen herzlichen Glückwunsch, lieber Bernhard, natürlich gleich an erster Stelle! Aber das Wichtigste für mich ist zu betonen, dass ich mich bei den vielen Tausend Pflegekräften herzlich bedanke, die sich tagein, tagaus, nachts, am Sonntag und an Feiertagen für die Menschen im Land einsetzen. Ich glaube, das ist ein wichtiges Zeichen für unsere Pflegekräfte und für unser Land.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Seit der Corona-Zeit wissen wir, wie wichtig der Pflegeberuf ist, und ich kann auch als Arzt sagen: Wenn man keine Pflegekraft hat, ist man mindestens zur Hälfte nicht fähig, etwas zu tun. Das unterstreicht die Arbeit der Pflegekräfte, sodass ihnen herzlicher Respekt gegönnt ist.

Klatschen war damals nicht alles, zumindest nicht für mich. Für mich war das auch ein Zeichen dafür, dass die Menschen im Herzen doch ein soziales Empfinden haben, dass die Menschen doch sozial geprägt sind. Auch das habe ich in der Corona-Pandemie gemerkt. Dieses Klatschen auf dem Balkon war für mich ein wichtiges Zeichen, um zu zeigen: Wir sind eine soziale Gesellschaft. Wir sind Menschen, wir sind Mitmenschen. Das ist mein Nachbar, das ist mein Mitmensch.

Aktuell brechen natürlich viele Krisen über die Pflegebranche herein; einige sind schon dargestellt worden. Personalmangel haben wir nicht nur im Pflegebereich, aber hier ist er extrem. Was bedeutet denn die Energiekostenexplosion, wenn in den Pflegeverhandlungen, die Jahr für Jahr geführt werden, vielleicht im September oder Oktober irgendwelche Entgelte vereinbart werden und dann im März oder April die Energiekosten steigen? Das ist mit diesem System so nicht zu schaffen.

Nicht zuletzt haben wir einen Krieg mitten in Europa. Wenn Sie die heutige Pressemappe des Bayerischen Landtags zur Hand nehmen, sehen Sie, dass 750.000 neue Mitglieder in die Krankenkassen Deutschlands aufgenommen worden sind. Zum größten Teil sind das Geflüchtete. Wir haben ein stabiles soziales System, aber unsere Aufgabe muss es doch sein, dieses soziale System zu stärken.

Geschätzter Kollege Krahl, ein Narrativ möchte ich schon einmal klarstellen: Ein Wahlversprechen ist das, was man vorher sagt. Ein Wahlversprechen kann niemals sein, was man im Koalitionsvertrag vereinbart hat. Da machen Sie einen eklatanten Fehler; das ist so nicht der Fall. Wir haben im Koalitionsvertrag im Jahr 2018 diese Pflegeplatzgarantie für Bayern abgegeben. Zu dem Zeitpunkt, als wir entschieden haben, waren wir fest davon überzeugt, dass wir das stemmen können. Dafür, dass es anders gekommen ist, können wir nichts.

Sie sollten sich das wirklich einmal zu Herzen nehmen und nicht immer solche Narrative verwenden. Sie haben doch jetzt selbst in Berlin Erfahrungen mit einer Koalition gemacht. Wo ist denn das Abschalten der Atomkraft zum 31. Dezember? – Das hat man auch verändert. Ich finde, das war notwendig.

Genauso notwendig war es, einige Punkte in unserem Koalitionsvertrag zu verändern, aber seien Sie sicher: Gerade ich als Patienten- und Pflegebeauftragter werde zusammen mit dem Minister und mit den Kollegen von der CSU in dieser Bayernkoalition alles dafür tun, dass wir das letztlich auch schaffen. Sie können das aber nicht als

Narrativ verkaufen, das sei einmal so gewesen und es sei ein Wahlversprechen gebrochen worden. Das ist es nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aktuell beschäftigt mich natürlich die Schließung von Pflegeheimen. Sie haben vielleicht gelesen, dass in Michelau in Oberfranken vor ein paar Tagen ein Pflegeheim geschlossen worden ist, und zwar aus Personalmangel. Ich kenne ja die Situation in Bayern von Aschaffenburg bis Berchtesgaden relativ gut, und ich glaube, dass es leider nicht das letzte sein wird, das geschlossen werden muss.

Darauf müssen wir uns konzentrieren, darauf müssen wir unsere Kraft richten und dafür die politische Initiative ergreifen, und zwar nicht mit Parteischelte, sondern, wenn möglich, parteiübergreifend. Das hat die Pflege und das haben die Menschen verdient. Bei der Pflege ist es nicht nur fünf Minuten vor zwölf, sondern es ist fünf Minuten nach zwölf. Deswegen müssen wir miteinander um die besten Lösungen kämpfen, ringen und uns austauschen. Es sollte aber nicht so sein, dass irgendwelche Geschichten immer wieder erzählt werden.

Wir haben kein Erkenntnisproblem in der Pflege, sondern wir haben ein Umsetzungsproblem. Dafür ist nicht nur der Freistaat Bayern zuständig, sondern vor allen Dingen auch der Bund. Denken Sie doch an das SGB XI, in dem die Pflege geregelt ist. Der Freistaat Bayern kann Anträge im Bundesrat stellen, aber es wird letztlich zu einer Mehrheitsentscheidung kommen. Hier kann der Bund vorangehen und die notwendigen Änderungen voranbringen; ich werde später noch darauf eingehen.

Ein weiteres Zuwarten würde die Grundfesten des Sozialstaates erschüttern und sogar den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden; davon bin ich überzeugt. Das bewegt mich immer wieder, mich jeden Tag für die Pflege einzusetzen. Deshalb handelt die Bayernkoalition auch konsequent und nachhaltig. Wir stellen dem Landtag ein weiteres Antragspaket vor und bitten bereits heute darum, diesen Anträgen fraktions-

übergreifend zuzustimmen. Ich lade Sie gerne dazu ein, diesen Anträgen zuzustimmen.

(Zuruf)

Worum geht es in diesen Anträgen? – Kernelement ist es, die Rahmenbedingungen in der Pflege zu verbessern: flexible Arbeitszeitmodelle, Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser organisieren, damit insbesondere die Frauen, die hauptsächlich in der Pflege tätig sind, ein Auskommen haben und auch mit ihrer familiären Arbeit zurechtkommen.

(Zuruf)

Ein wichtiger Punkt ist auch die Aufgabenverteilung innerhalb der Pflege; da sprechen Sie auch meinen Berufsstand an. Natürlich sind die Landespolitiker der Medizingesellschaften nicht sehr amused, wenn es heißt: Ihr müsst Leistungen abgeben, die eine Pflegekraft dann substituieren kann, eben nicht delegieren. Das ist der entscheidende Unterschied: Ich setze mich dafür ein, zum Beispiel ärztliche Leistungen beim Wundmanagement zu substituieren.

Eine Pflegekraft hat den Patienten jeden Tag vor Augen, pflegt ihn, kennt den Fortschritt und weiß, ob die Nachbesserungen fruchten oder nicht. Das ist doch viel wertvoller, als wenn ein Arzt vielleicht zweimal pro Woche in dieses Heim kommt. Das sind Dinge, die wirklich auch zur Anerkennung, zum Respekt und zur höheren Verantwortung der Pflegekräfte führen können. Das sind entscheidende Punkte, die Sie in unserem Antragspaket finden werden. Wir müssen auch darüber sprechen, dass die Pflege nicht krank machen darf. Derjenige, der pflegt, darf durch die physische und psychische Überbelastung nicht selber krank werden. Wir müssen auch hier ran. Wir müssen hier – aber nicht nur im stationären, sondern auch im ambulanten Bereich – Supervisionen und Arbeitsunterstützung geben. Das sind Kernaufgaben; denn es nützt uns gar nichts, wenn Pflegekräfte zwar auf dem Papier zur Verfügung stehen, aber dann selber nicht pflegen können, weil sie krank geworden sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen deshalb auch ein Wiedereinstiegsprogramm. Durch Familienphase und Familienplanung fehlen Pflegekräfte, die in aller Regel ja sehr jung sind, wenn sie ausgebildet werden, dann am Markt und am Krankenbett. Das heißt also, wir müssen uns darauf konzentrieren, dass diese Menschen wieder in den Beruf zurückfinden – zu den Bedingungen, die ich vorher geschildert habe. Es gehört natürlich noch mehr dazu. Wir müssen auch darauf schauen, dass die Arbeitszeiten gerade von Frauen, die zu Hause durch Homeschooling oder sonstige Tätigkeiten gefordert sind, verlängert werden können. Dafür müssen aber die Rahmenbedingungen stimmen. Wir in der Bayernkoalition setzen uns dafür ein.

Wir brauchen für diese Familienpflege Unterstützung. Wir brauchen die Unterstützung zu Hause, im sozialen Umfeld. Ambulant vor stationär – das ist für mich kein Gegensatz. Das ist kein Ausspielen und keine Wertigkeit, sondern es ist ein sozialpolitisches Ziel, dass die Menschen in ihrer sozialen Umgebung gepflegt werden können, dass sie eben nicht aus dieser sozialen Umgebung herausgerissen werden. Die Erfahrungen zeigen immer wieder: Wenn jemand dann ins Heim muss – wir sind ja dankbar, dass es geht, manchmal geht es auch nicht –, nimmt die Besuchsfrequenz bei der Langzeitpflege dann sehr schnell ab. Eben das soll verhindert werden, indem wir die Nahpflege vor Ort richtig stärken.

Ich gebe Ihnen vollkommen recht, dass "Pflegesozial" ein wunderbares Programm ist, um die Pflege vor Ort auch zur Entlastung der pflegenden Angehörigen durchzuführen. Wir schlagen deshalb vor, diese Kampagnen zu verstärken. Sie haben gesagt, die Herzwerker-Kampagne sei nicht so erfolgreich gewesen. Es gibt aber auch andere Programme, die jetzt aufgelegt wurden.

Ich finde, diese Programme sind schon erfolgreich. Wir müssen Sie einfach verstärken und gemeinsam daran arbeiten.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Waldmann (SPD))

Wir schlagen außerdem ein gesamteuropäisches Konzept vor: nämlich die Jugendarbeitslosigkeit in den südlichen Ländern, die zwischen 20 und 25 % liegt, mit einem sicheren Arbeitsplatz hier bei uns zusammenzuführen. Nicht die ausgebildeten Pflegekräfte irgendwo aus dem Ausland abwerben! In vielen Ländern – wir haben es ja schon gelernt – wie in Rumänien oder Bulgarien werden die Pflegekräfte auch knapp. Wir brauchen keine fertigen Pflegekräfte abzuwerben, sondern wir müssen bei der Ausbildung anfangen. Deswegen setze ich mich für diesen gesamteuropäischen Ansatz im Rahmen der Pflege ein.

Ich möchte Ihnen gleichzeitig etwas ins Stammbuch schreiben: Gestern hat Bundespräsident Steinmeier, der ja von der SPD stammt, wieder das soziale Pflichtjahr vorgeschlagen. Denken Sie mal darüber nach!

(Tim Pargent (GRÜNE): Verfassungswidrig!)

Ich habe von Ihnen keinen Ton zu einem sozialen Pflichtjahr gehört. Wir sollten auch das offen diskutieren und uns dazu bekennen, das zu unterschreiben. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Roland Magerl für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Roland Magerl (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Gute Pflege im Gesundheitsland Bayern" – gemeinsam wollen Sie etwas voranbringen und die Pflege verbessern.

Wir sollten da doch primär einmal festhalten, dass wir in Bayern eine gute Pflege haben. Nur die Voraussetzungen passen eben nicht. Die Pflegenden, die in der Pflege

tätig – oder besser gesagt: noch tätig – sind, machen einen hervorragenden Job. Wir können ihnen eigentlich nicht genug danken.

(Beifall bei der AfD)

Langsam werden es eben zu wenig, und das System gerät in Schieflage. Von daher wird es für das Gesundheitsland Bayern langsam eng. Ich muss schon ein bisschen lachen über die Aussage, wie wir da gemeinsam etwas bewegen wollen. – Seien Sie doch mal ehrlich: Gemeinsam wollen Sie gar nichts! Sie wollen Ihre Ideen durchsetzen, ob sie gut sind oder nicht.

Dazu gehört zum Beispiel, sich hinter die Generalistik zu stellen, auch wenn sie an die Wand fährt. Dazu gehört, die Zombievereinigung der Pflegenden mit Staatshilfe fit zu spritzen, auch wenn es völliger Schwachsinn ist und wir eigentlich eine Pflegekammer brauchen, welche viel, viel wirksamer wäre.

(Zuruf des Abgeordneten Elmar Hayn (GRÜNE))

"Gemeinsam" hört sich zwar gut an. Bisher haben Sie die Gemeinsamkeit aber vermissen lassen.

Wenn ich allein meine Fraktion anschau: Wir haben viele gute und sinnvolle Vorschläge eingebracht, die abgelehnt wurden; denn es sei in Bayern ja alles super. Wir haben darum gebeten, eine Expertenkommission einzusetzen, die sich Gedanken darüber macht, das Gesundheitssystem in Bayern zu verbessern. – Abgelehnt, es sei in Bayern ja alles super. Wir haben vorgeschlagen eine Analyse oder einen Bericht darüber anzufertigen, wie es denn mit unserer Gesundheitsvorsorge aussieht. – Ebenfalls abgelehnt, es sei in Bayern ja alles super.

Heute kommt Ihre Aktuelle Stunde, weil auch Sie gemerkt haben, dass vielleicht doch nicht alles super ist. Vielleicht haben wir von der AfD ja doch an der einen oder anderen Stelle recht.

(Beifall bei der AfD)

Hören wollen Sie das aber nicht.

Was können wir jetzt tun? – Nur über die Pflege zu sprechen, ist viel zu kurz gedacht. Wir sind das von der CSU aber teilweise schon gewohnt. Teil des Problems ist das Gesundheitssystem an sich – und Ihre Blockadehaltung gegenüber der Opposition.

Es fehlen schlichtweg die Voraussetzungen. Es fehlen Anreize, sich für den Pflegeberuf zu entscheiden. Es fehlen Perspektiven, um im Beruf weiterzukommen. Es fehlt Personal, um den Pflegenden die notwendige Erholung zu ermöglichen; sie werden schlichtweg verheizt.

Weg mit der einrichtungsbezogenen Impfpflicht, um ausgeschiedene Pflegekräfte vielleicht zurückzugewinnen bzw. um neue Pflegekräfte in den Beruf zu bringen! Es braucht alternative Pflegemöglichkeiten. Diese müssen gefördert werden: 24-Stunden-Pflege, Pflege zu Hause, welche durch die Unterstützung von ambulanten Pflegediensten auch geleistet werden kann.

Wir brauchen mehr Möglichkeiten der Verhinderungspflege, die dann in Anspruch genommen werden kann, wenn pflegende Angehörige Entlastung brauchen. Wir brauchen eine Verschlankung der Dokumentation, damit sich eine Pflegekraft wieder der Pflege widmen kann und nicht zur Schreibkraft verkommt. Hören Sie damit auf, Krankenhäuser zu schließen und alles zu zentralisieren! Eine qualifizierte Versorgung ist so nicht mehr möglich. Das Personal läuft unter Volllast, die Kliniken melden die Aufnahme ab, und die Kollegen vom Rettungsdienst fahren teilweise bis zu einer Stunde, um dann irgendwo doch ein freies Bett zu bekommen.

Es braucht eine viel bessere Verzahnung unseres Gesundheitswesens. Ich könnte jetzt viele Dinge aufzeigen. Das Problem ist aber doch: Wollen Sie überhaupt etwas verändern? – Wenn Sie etwas verändern wollen, dann müssen Sie dafür sorgen, dass wir das System der stationären Versorgung entlasten, die Kapazitäten in der Pflege,

die wir haben, besser organisieren und parallel dazu viel bessere Bedingungen schaffen. Vor allem müssen Sie auch damit aufhören, alles akademisieren zu wollen. – Ja, ich bin auch ein Befürworter davon, Menschen Perspektiven zu geben und sie gut zu qualifizieren. In manchen Bereichen schreckt das aber ab. Wir brauchen auch einfachere Pflegekräfte, welche unterstützen können: Pflegekräfte mit Herz für die zu Pflegenden und nicht nur Leute mit Bachelor-Abschluss, die weder vom System bezahlt noch von uns generiert werden können; denn diejenigen, die Abitur haben, wollen vielleicht doch eher Medizin studieren. Was bringt mir die studierte Hebamme oder der Pflegestudent, der nach zwei Jahren in der Pflege beschließt: Eigentlich könnte ich ja doch Mediziner werden? – Dann ist er aus dem System weg.

Es gibt viele Dinge anzupacken. Von daher: Danke für die Aktuelle Stunde, auch wenn die Zeit hier viel zu kurz ist, um alles anzusprechen, und vielen Dank an alle Pflegekräfte da draußen. Ihre Ansätze in dieser Legislatur – –

Präsidentin Ilse Aigner: Danke, Herr Kollege.

Roland Magerl (AfD): Sind wir durch?

Präsidentin Ilse Aigner: Ja, eindeutig.

(Allgemeine Heiterkeit)

Sie haben sich aber schon bedankt.

Roland Magerl (AfD): Jawohl.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste spricht die Kollegin Ruth Waldmann für die SPD-Fraktion.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, die Pflege in Bayern ist in Not; so deutlich muss man es sagen. Es wäre

tatsächlich an der Zeit, große Aufgaben gemeinsam zu lösen; so haben Sie die heutige Aktuelle Stunde betitelt. Dazu würde an erster Stelle gehören zu fragen, welchen eigenen Beitrag man leisten kann, um die Probleme der Pflegebedürftigen selbst, ihrer Angehörigen und der Beschäftigten in der Pflege hier in Bayern zu lösen und für bessere Bedingungen zu sorgen.

(Beifall bei der SPD)

Von der Regierungsseite hören wir aber vor allem Selbstlob. Dabei geraten Menschen aufgrund der Pflegesituation in Bayern wirklich in Not. Ansonsten hören wir viel Motzen und Jammern in Richtung Berlin. Wir erinnern daran, dass Sie zwar mehr Geld und mehr Leistungen fordern, gleichzeitig aber auch gesagt haben, Pflegebeiträge und Steuern dürften nicht steigen. Das Geheimnis, woher das Geld dann aus Ihrer Sicht kommen soll, ist bis heute nicht gelüftet.

Wir hören große Ankündigungen der Bayerischen Staatsregierung, aus denen dann nicht viel geworden ist. Ich erinnere daran, dass der Bayerische Ministerpräsident eine Pflegeplatzgarantie gegeben hat.

(Lachen des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Sie sollte in dieser Amtszeit kommen, die aktuell weniger als ein Jahr beträgt. Aus Gutachten wissen wir, dass es in keiner einzigen Region in Bayern ausreichend Kurzzeitpflegeplätze gibt, gleichzeitig aber der Bedarf erheblich ansteigt. Es wäre einmal ein Thema für eine Aktuelle Stunde gewesen, uns darzulegen, wie das umgesetzt werden soll.

(Beifall bei der SPD)

Außerdem wurde auch ein 5-Punkte-Plan ausgerufen, man vermisst auch da bis heute konkrete Umsetzungsschritte, die über das "Man müsste einmal" hinausgehen. Besonders wichtig ist dabei, dass gerade pflegende Angehörige Unterstützung brauchen. Sie leisten einen enormen Beitrag; ohne sie geht es nicht. Sie fehlen beim allfälligen

Dank für die Beschäftigten in der Pflege, der richtig und wichtig ist, immer. Ich führe jetzt neu ein, auch den pflegenden Angehörigen zu danken, die der größte Pflegedienst in unserem Land sind und dringend unsere Unterstützung brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Echte Hilfe wäre für sie zum Beispiel das vorhin vorgestellte Pflegeprogramm "Pflege-soNah", das auch wirklich gut ist, aber man muss es halt auch so ausstatten, dass es überall wirken kann. Das wird sehnsüchtig erwartet. Es gibt viele Anträge. Sie loben sich, dass es ein gutes Programm ist; das stimmt auch. Aber es stürzt manche in Verzweiflung, dass es so viele Anträge gibt, die nicht bewilligt werden können, und viele, dass sie mit Wartezeiten oder Ablehnungen wieder heimgehen.

(Beifall bei der SPD)

Das Problem des Personalmangels in der Pflege wird auch durch geringe Bezahlung und die Aufweichung von Personaluntergrenzen garantiert nicht gelöst. Der bayerische Gesundheitsminister hat aber unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus gefordert, dass die Tarifbindung nicht zulasten der Pflegebedürftigen gehen dürfe. – Okay, aber wir brauchen eine Tariflohnbindung. Er erklärte, dass die Abweichung von der Regelung zum Mindestpersonal statthaft ist. – Das geht aber voll auf die Knochen des Pflegepersonals und leistet keinen Beitrag dazu, die Arbeitsbedingungen zu verbessern. So wird das leider nichts.

Es hat auch keinen Wert, ständig große Reformen vom Bund zu fordern und, wenn dann ein Reformschritt kommt, zu erklären, dass wir den in Bayern unterlaufen und er hier nicht verbindlich sein soll. Damit kommen wir nicht weiter.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in Bayern auch ein Problem mit der Ausbildung der Pflegekräfte; neulich gab es vom Gesundheits- und vom Bildungsministerium gemeinsam wieder eine Pressemitteilung, wonach die generalistische Ausbildung ein voller Erfolg sei. – Gleichzei-

tig haben wir aber doch alle die Berichte der letzten Wochen darüber wahrgenommen, dass die Kinderstationen in Not sind, gerade Kinderintensivstationen Betten leer stehen lassen und auch kranke Kinder abgewiesen werden müssen, weil die Kinderkrankenpflegekräfte fehlen.

In Bayern macht derzeit kein einziger Mensch eine spezialisierte Ausbildung mit dem Schwerpunkt Kinderkrankenpflege. In der Generalistik steckt aber zu wenig Kinderkrankenpflege. Wir haben dazu mehrere Anfragen gestellt. Es fehlt an Praxiseinsatzorten; hier wird viel improvisiert. Zum Beispiel kann die Zeit, die man in der Praxis in der Kinderkrankenpflege leisten muss, in der Beratungsstelle für Schreibabys abgeleistet werden; das ist sicherlich eine sinnvolle Einrichtung, aber ob man dort genug lernt, um dann auf einer Kinderintensivstation als Fachpflegekraft eingesetzt zu werden, wage ich doch zu bezweifeln.

(Beifall bei der SPD)

Schließlich dauert es in Bayern nach wie vor mit der Berufsankennung von ausländischen, zum Teil sehr gut ausgebildeten Pflegekräften viel zu lang. Manche Geflüchtete, die die Ausbildung schon gemacht und Deutsch gelernt haben, sitzen in Abschiebehaft. Das ist sicher der falsche Weg, und es spricht sich leider auch herum.

Es gibt also eine ganze Menge Aufgaben, die wir in der Tat gemeinsam lösen können und müssen. Bitte stimmen Sie deshalb unseren Vorschlägen zu, die wir immer wieder – zuletzt auch mit einem Gesetzentwurf – hier eingebracht haben. Dann kommen wir vielleicht gemeinsam weiter.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist Herr Dr. Spitzer für die FDP-Fraktion.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! – Herr Seidenath, von Ihrer Rede blieb bei mir Folgendes hängen: Wir brauchen, wir brauchen, wir brauchen. Ihr Thema der Aktuellen Stunde "Gute

Pflege im Gesundheitsland Bayern: Große Aufgaben gemeinsam lösen" deckt sich eigentlich nicht mit der Pressemitteilung und auch nicht mit der von Ihnen gehaltenen Rede. Vielleicht wäre es besser gewesen, Sie hätten folgende Überschrift gewählt: "Bayern – Gesundheitsland Nummer eins". Aber auch das wäre nicht richtig gewesen.

Ich gebe Ihnen aber dahin gehend recht, dass wir dieses Thema nur gemeinsam angehen können. Da hat es wenig Sinn, auf den Bund zu schießen und hier zu schimpfen, weil es nicht gerechtfertigt ist. Genauso wenig Sinn hat es, auf den Gesundheitsminister Holetschek zu schimpfen, weil die Probleme und Ursachen viel früher liegen. Ich frage mich schon, wer hier in Verantwortung war und wer dieses Thema bis zum heutigen Tage nicht aufgenommen und sich dieses Themas nicht angenommen hat. Es ist höchste Zeit, dass den Worten endlich Taten folgen.

In einigen Bereichen sind zarte Pflänzchen zu sehen; sie wachsen und sprießen, aber wir wollen eigentlich den großen Wurf. Es hat keinen Sinn, immer nach dem Haar in der Suppe zu suchen, um damit letztendlich zu verargumentieren, dass man selbst tatenlos bleibt.

(Beifall bei der FDP)

Kollege Krahl hat das Landespflegegeld bereits erwähnt; Sie verkaufen das als Erfolg, Herr Seidenath. Ich sehe das als bedarfsunabhängige, ausbezahlte Wohltat für die Bevölkerung. Wir müssen doch die Bedarfe in der Pflege decken; wir müssen die Bedarfe bedienen. Da gilt es, dieses Geld in anderer Form zu investieren.

Ihre 643 Millionen Euro für die Krankenhausinvestitionen sind sicherlich sinnvoll und nötig, aber auch hier wünsche ich mir eine bedarfsabhängige Ausschüttung dieser Gelder. Das heißt: Wenn die Qualität stimmt, wenn die Notwendigkeit für den Erhalt der Klinik vorhanden ist und die Bedarfe dort vorhanden sind, dann ist dieses Geld dort auch zu investieren, was Sie momentan nicht machen. In Ihrem Koalitionsvertrag steht auch immer noch, dass Sie bestehende Krankenhäuser und Standorte erhalten. Sie wollen sie zwar weiterentwickeln, aber davon habe ich von Ihrer Seite bisher

nichts gesehen. Herr Gesundheitsminister, ich vermisse in diesem Zusammenhang, dass Sie das Steuerrad in diesem wichtigen Bereich – bei einer echten Krankenhausstrukturreform wie auch bei der Pflegestrukturereform – in die Hand nehmen; das ist meine Bitte.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Auf der einen Seite sind Studienplätze ein Thema. – Das mit dem Beifall wird schon noch.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Nein, er nimmt stetig ab! – Andreas Winhart

(AfD): Nein, das wird nichts mehr!)

Das Thema der Studienplätze ist nicht nur ein bayernweites, sondern auch ein bundesweites Thema. Da gilt es nicht, auf die anderen Länder zu schauen. Natürlich ist es wichtig, dass alle Länder mitziehen, aber seien wir einmal ehrlich: Mit einer Landarztquote schaffen Sie keinen einzigen zusätzlichen Studienplatz. Diese Landarztquote greift zum Beispiel viel zu spät. Auch gibt es das Thema, dass Frauen verstärkt ins Medizinstudium gehen. Auch gibt es das Thema der Teilzeit und der Work-Life-Balance; hier brauchen wir einfach mehr Köpfe, um den gleichen Zeitbedarf abdecken zu können.

Dem VdK-Gutachten zufolge stehen 12 Milliarden Euro zur Verfügung, die nicht abgerufen werden, weil wir hier einen Pflegeschwungel geschaffen haben, der ein Abrufen gar nicht möglich macht. Auf der einen Seite bestehen die Möglichkeiten gar nicht, dieses Geld einzusetzen; auf der anderen Seite sind die Pfade so verworren, dass viele nicht wissen, wie sie dieses Geld abrufen sollen.

Wir haben bereits 2019 als eine der ersten großen Maßnahmen der FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag ein Pflege-Paper auf den Weg gebracht. In diesem Paper – ich wiederhole mich – sind viele Möglichkeiten niedergeschrieben, die Sie gerne aufnehmen können; der eine oder andere Punkt ist bereits in Ihre Arbeit mit eingeflos-

sen. Man sollte nicht unkritisch sein. Ich sehe die eine oder andere Entscheidung auf Bundesebene als schwierig an. Wir setzen uns für die Hebammen massiv ein. Lauterbachs Hebammenplan ist für uns nicht die richtige Wahl; wir fordern mehr. Die einrichtungsbezogene Impfpflicht wollen wir abschaffen. Die Abschaffung der Isolationspflicht hatten wir eigentlich in der letzten Plenarsitzung in einem Dringlichkeitsantrag gefordert. Also: Schluss mit dem Ampel-Bashing! Den Menschen hilft das nichts. Wir als FDP-Fraktion sind bereit für Veränderungen. Ich hoffe, Sie sind es auch.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der fraktionslose Kollege Christian Klingen.

Christian Klingen (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ja, es sind wahrlich große Aufgaben, die endlich gelöst werden müssen; denn von einer guten Pflege, die in unserem wohlhabenden Freistaat eigentlich selbstverständlich sein sollte, sind wir leider weit entfernt. Am Geld kann und darf es nicht scheitern.

Wer Hunderte von Milliarden Euro nach dem Gießkannenprinzip in aller Welt verteilen kann, sollte auch genug Mittel übrig haben, um die eigenen Bürger mit dem Grundlegenden zu versorgen und die Menschenwürde gerade für alte und schwache Bürger sicherzustellen.

Die Realität sieht leider ganz anders aus: Weil das Personal im Seniorenheim in Michelau in Oberfranken fehlt, musste das Haus geschlossen werden. Es ist nicht der erste Fall dieser Art. Wegen Pflegenotstands musste auch ein Behindertenheim bei Bamberg dichtmachen. Der Pflegebeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, unser Landtagskollege Herr Prof. Bauer, hat sich ja so geäußert, dass das nicht das Ende der Fahnenstange sein soll. Aber so dramatisch das für die Betroffenen auch ist, es ist nicht einmal der Gipfel der unerträglichen Zustände.

Ich erinnere an das Grauen in den zwei Heimen in Augsburg und Schliersee, wo Bewohner verhungert sein sollen. Tote sind in ihren Exkrementen gefunden worden, Wunden sind unversorgt geblieben, und zwar so lange, dass sich schon Maden gebildet hatten – und das im Wohlstandsland Bayern im 21. Jahrhundert! Erzählen Sie mir jetzt bitte nichts von einem Einzelfall! Solch einen "Einzelfall" darf es nicht geben. Nebenbei frage ich: Was hat das für die Betreiber eigentlich für Konsequenzen gegeben?

Das Erschütternde ist, dass diese gravierenden Missstände in der Pflege hausgemacht sind. Seit Jahren, um nicht zu sagen seit Jahrzehnten, hat es niemanden gekümmert, dass Pflegekräfte systematisch ausgebeutet werden und ihre eigene Gesundheit ruinieren. Miserable Arbeitsbedingungen, Überlastung, schlechte Bezahlung – das Ganze gekrönt von der einrichtungsbezogenen Impfpflicht, die scharenweise Pflegekräfte aus dem Beruf vertrieben hat – haben den heutigen Pflegenotstand von langer Hand aufgebaut. Schön, dass sich die CSU im kommenden Jahr, im Wahljahr, dieses Themas endlich annimmt und alles besser machen will. Dann werden in Krankenhäusern, Altenheimen und Pflegeheimen ja bald menschenwürdige Zustände herrschen. Wir werden die Entwicklung aufmerksam beobachten.

(Beifall)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Helmut Radlmeier für die CSU-Fraktion.

Helmut Radlmeier (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In Bayern zu leben, heißt, gesund zu leben. Einen großen Anteil daran haben unsere großen Universitätskliniken, Krankenhäuser, Forschungseinrichtungen und auch Hochschulen. Wie kein anderes Bundesland steht Bayern für Spitzenmedizin und Medizinforschung. Das kommt den Menschen direkt zugute. Die Bayern, wir Bayern, leben im Bundesvergleich gesünder und werden älter. Dafür braucht es engagierte und gut ausgebildete Ärzte. Genau dafür sorgen wir.

Der Freistaat übernimmt schon heute eine Vorreiterrolle, wenn es um die Ausbildung des medizinischen Nachwuchses geht. Im letzten Wintersemester wurden allein in Bayern über 16.000 Studentinnen und Studenten der Humanmedizin ausgebildet. Diese erfolgreiche Geschichte schreiben wir nicht nur fort, sondern wir schlagen neue Kapitel auf. Mit dem Uniklinikum Augsburg ist ein neues Universitätsklinikum entstanden. Das sollen uns andere Bundesländer erst einmal nachmachen. Hinzukommen der Medizincampus Oberbayern und aktuell der Medizincampus in Niederbayern. Damit zeigt Bayern, dass universitäre Medizinversorgung und Mediziner Ausbildung nicht nur in großen Städten, sondern auch in der Fläche funktionieren.

(Beifall bei der CSU)

Werte Kolleginnen und Kollegen, 2.700 Medizinstudierende kommen dadurch neu hinzu. Bayern wird damit bald fast 19.000 Menschen in der Humanmedizin ausbilden. Das kann sich in meinen, in unseren Augen, sehen lassen. Während man andernorts den Mangel an Medizinern beklagt, handeln wir. Jetzt sind aber auch andere Bundesländer dazu aufgerufen, ihren Beitrag dazu zu leisten.

Allein auf neu geschaffenen Medizinstudienplätzen ruhen wir uns aber nicht aus. Nein, mit der Landarztquote, der Niederlassungsprämie und dem Stipendienprogramm für künftige Landärzte sorgen wir dafür, dass die Ärzte auch dort ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht werden.

In Bayern werden neue Wege beschritten. Die Hochschule Landshut, die OTH Amberg-Weiden und die Hochschule Neu-Ulm bieten zum Beispiel den Studiengang Arztassistent an. Arztassistenten fungieren als Schnittstelle zwischen Ärzten und Pflegepersonal und übernehmen damit eine ganz wichtige Funktion in einem Krankenhaus – auf jeden Fall ist es ein Beruf mit Zukunft.

Diese Zukunft gestalten unsere Hochschulen aktiv mit. Das sieht man auch in der Pflege. Dort schreitet die Akademisierung voran. An immer mehr Hochschulen hat man die Möglichkeit, Pflegewissenschaften zu studieren. Unsere Pflegestudiengänge sind

ein wichtiger Baustein, um dem Fachkräftemangel in der Pflege entgegenzutreten. Mit unserem neuen Pflegestipendium machen wir die akademische Ausbildung an den Hochschulen noch attraktiver. Pünktlich zum aktuellen Wintersemester konnten sich Studierende in den primär qualifizierenden Pflegestudiengängen ab dem zweiten Semester für das Programm bewerben. Das Stipendium unterstützt Studierende über drei Jahre hinweg mit 600 Euro pro Monat. Das ist gut angelegtes Geld.

Das Gleiche gilt für die monetäre Unterstützung von Hebammen. Hier greife ich kurz den Bayerischen Hebammenbonus heraus. Jede Hebamme in Bayern erhält pro Jahr 1.000 Euro. Das ist bundesweit einmalig. Damit wird die berufliche Tätigkeit in der Geburtshilfe attraktiver. Seit nunmehr vier Jahren unterstützt der Freistaat seine Hebammen damit. Das ist auch ein Zeichen der Wertschätzung für eine Berufsgruppe, die im wahrsten Sinne des Wortes lebenswichtig ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Bayern steht zu seinen Hebammen. Das wird auch in unserem Gründerpaket für Hebammen deutlich. Hebammen, die sich in Bayern freiberuflich niederlassen, werden mit einmalig 5.000 Euro unterstützt. Weil Hebammen eben nicht der Storch bringt, sorgen wir für ausreichend Hebammenstudienplätze. Von A wie Aschaffenburg über M wie München bis hin zu W wie Würzburg ist ein Netz aus Studienstandorten entstanden. Insgesamt stehen Studienanfängern damit künftig mehr als 200 Studienplätze zur Verfügung. Bei uns an der Hochschule Landshut setzt man beispielsweise gezielt auf die Weiterqualifizierung von Hebammen und schafft damit einen nahtlosen Übergang zwischen Ausbildung und Studium.

Ich bin sehr stolz auf die Erfolge, die in den letzten Jahren und Monaten erreicht wurden. Sie kommen direkt bei den Menschen an. Ich will aber auch mahnen. Die Herausforderungen im Gesundheitswesen enden nicht – ganz im Gegenteil. Um neue Krankheiten und alte Volksleiden behandeln zu können, bedarf es weiterhin neuer und engagierter Forschung und zielgenauer Therapien. Neue Methoden, Erkenntnisse und

Techniken müssen rasch aus den Laboren rein ins ganze Gesundheitssystem. Wir brauchen eine enge Verzahnung der einzelnen Bereiche.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege.

Helmut Radlmeier (CSU): Ich bekomme noch 30 Sekunden vom Kollegen Mittag.

Präsidentin Ilse Aigner: Nein, das geht bei der Aktuellen Stunde leider nicht. Es tut mir leid.

Helmut Radlmeier (CSU): Ich danke abschließend allen motivierten Menschen, die in unserem Land für andere sorgen, für ihre Arbeit, für ihre Fürsorge, für ihren Dienst am Nächsten. Ein herzliches Vergelts Gott! Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Redezeit auf Kolleginnen oder Kollegen zu übertragen, funktioniert in einer Aktuellen Stunde leider nicht, aber einen Versuch war es wert. – Als Nächste spricht die Kollegin Kerstin Celina für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Das Thema der Aktuellen Stunde ist gut gewählt. Ich frage mich bloß, was die Reden, die wir jetzt gehört haben, damit zu tun haben. Ich habe für meine Rede zwei Schwerpunkte gewählt. Der erste: Danke an all die pflegenden Angehörigen, an die Pflegekräfte und an viele andere Menschen in Bayern, die auf höchstem Niveau in schwierigen Situationen pflegen, an die 7.000 ehrenamtlichen Hospizbegleiterinnen und -begleiter in Bayern und viele andere mehr. Danke für euer Engagement!

Jetzt aber zu den Herausforderungen, die Thema der Aktuellen Stunde sind, also quasi die Hausaufgaben der Bayerischen Staatsregierung. Ich konzentriere mich einmal in meiner knappen Redezeit auf einen Teilbereich, nämlich das Thema Demenz. Wir haben in Bayern 240.000 Menschen mit einer Demenzerkrankung. Prognostiziert

wird bei gleichbleibendem Erkrankungsrisiko ein Anstieg dieser Zahl auf 340.000 bis zum Jahr 2036. Die von Demenz Betroffenen sind mehrheitlich Frauen – zwei Drittel –, und ungefähr die Hälfte der Demenzpatienten wird spätestens ein Jahr nach der Erst-diagnose stationär gepflegt.

Da stellt sich die Frage: Wie helfen wir den dementen Menschen, die gepflegt werden müssen, und wie helfen wir den Menschen, die dement sind und an einer Erkrankung leiden? Mit welchen Schwierigkeiten die Betroffenen zu tun haben, haben Sie vielleicht in dem Film "Honig im Kopf" mit Dieter Hallervorden gesehen. Er spielte einen Vater, der sein Gedächtnis verliert. Die elfjährige Tilda pflegt in diesem Film ihren Opa und gehört ganz klar zu den sogenannten Young Carern, die die Staatsregierung nach wie vor nicht als Gruppe der pflegenden Angehörigen sieht und unterstützt. Dieses Thema hatten wir schon mehrmals in den Ausschusssitzungen. Ich wäre froh gewesen, wenn auch von Ihrer Seite etwas zu dem Thema Young Carer bei pflegenden Angehörigen gekommen wäre.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer kennt denn von Ihnen den Film "Still Alice"? In diesem Film wird eine relativ junge Frau dement und erkennt, dass ihr damit ein Leben im Pflegeheim droht, in dem keine einzige Bewohnerin in ihrem Alter ist. Dieser Film hätte in Bayern gedreht werden können, so real ist diese Situation. Demenz ist eben keine Krankheit, die nur die Erkrankten direkt betrifft, sondern sie trifft auch das gesamte Umfeld, die Angehörigen, und zwar 24 Stunden am Tag. Demenz ist für alle ein zusätzlicher Stressfaktor.

Durch fehlendes Wissen, wie mit Demenzerkrankten umzugehen ist, entstehen Ängste, die jedes einzelne Familienmitglied im Umfeld an den Rand der Belastbarkeit führen können. Bayern ist hier nicht gut aufgestellt und hat Hausaufgaben bei der Prävention und bei der Unterstützung der pflegenden Angehörigen zu erledigen. Um Demenz gemeinsam zu tragen, brauchen die Familien Entlastung, Zeit für sich, Zeit für Erledigungen und Zeit für die Familie. Dazu gehört ein gutes Tages- und Nachtpfle-

geangebot von Unterfranken bis Oberbayern und von der Oberpfalz bis Schwaben. Nur dann können die Familienmitglieder den Kopf freibekommen. Schreiben Sie sich das ins bayerische Hausaufgabenbuch!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um demente Menschen in Bayern gut begleiten und versorgen zu können, brauchen wir viel bessere Möglichkeiten, um sie mit ihrem besonderen und zeitintensiven Unterstützungsbedarf in Krankenhäusern und in geriatrischen Reha-Kliniken zu begleiten. Dass dies nur selten gut gelingt, wissen wir alle. Wer mit einem Knochenbruch und Demenz in eine Klinik geht, kommt meistens mit einem geheilten Knochen, aber mit mehr Demenz wieder nach Hause.

Auch zu den geriatrischen Reha-Kliniken hätte ich mir von Ihnen in dieser Debatte, die Sie heute auf die Tagesordnung gesetzt haben, ein Wort gewünscht. Die geriatrischen Reha-Kliniken, die wir in unserer alternden Gesellschaft so dringend brauchen, um das Eintreten von Pflegebedürftigkeit so lange wie möglich zu verhindern, sind in Bayern eben nicht gut aufgestellt. Vor über 25 Jahren hat Bayern im Rahmen eines Modellprojektes des Bundes Fördermittel in Höhe von rund 120 Millionen DM bereitgestellt, damit Einrichtungen der geriatrischen Reha entstehen konnten. Jetzt sind diese wichtigen Einrichtungen sanierungsbedürftig, und Bayern findet keinen Weg, sie zu unterstützen. Auch das gehört in das bayerische Hausaufgabenbuch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich vermisse übrigens auch, dass Bayern den Ausbau demenzfreundlicher Kommunen und Landkreise aktiv vorantreibt. Mein Dank geht in diesem Zusammenhang an die rot-grün-gelbe Bundesregierung für das Programm "Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz", für das sich bayerische Kommunen bewerben können und das wichtig ist, um das Problem Demenz besser zu lösen.

Liebe Kollegen, es gäbe noch viel über bessere Pflege in Bayern zu sagen, und es gäbe noch viele Hausaufgaben zu verteilen. Seien Sie versichert: Hätte ich mehr Redezeit, hätte ich noch mehr Hausaufgabenstoff für Sie übrig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht Herr Kollege Martin Mittag für die CSU-Fraktion.

Martin Mittag (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! Ja, die Gesundheit ist das höchste Gut, das uns im Leben geschenkt werden kann. Auch wenn vielleicht der eine oder andere, Gott sei Dank, vom dem Thema "schlechte Gesundheit" nicht betroffen ist, ist es trotzdem ein Thema, das uns jeden Tag, jede Sekunde und ganz schnell betreffen kann. Gerade deswegen bleibt das Thema Gesundheitsversorgung und alles, was damit zu tun hat, ein Riesenthema, ein wichtiges Thema und ein Thema, dessen wir uns unbedingt annehmen müssen. Dies tun wir auch.

Ich möchte zunächst auf die Beiträge der Vorredner der Ampelkoalition – die es Gott sei Dank in Bayern noch nicht gibt, genau, Kollege Krahl – eingehen, die mich ein bisschen stutzig gemacht haben. Herr Kollege Krahl und Herr Kollege Dr. Spitzer haben gesagt, wir dürften kein Ampel-Bashing betreiben. Gleichzeitig hat aber jeder etwas, was ihm an der Ampel-Politik aktuell nicht gefällt. Herr Kollege Dr. Spitzer, beim Thema "einrichtungsbezogene Impfpflicht" sind wir zu 100 % d'accord. Sie müsste schon längst abgeschafft sein. Leider bewegt sich Berlin hier nicht und macht damit der Pflege die Arbeit extrem viel schwerer. Also, der erste Punkt nach Berlin: Sagen Sie das bitte Ihren Freunden in Berlin, die in der Koalition etwas zu sagen haben.

(Beifall bei der CSU)

Der nächste Punkt ist die Finanzierung der Hebammen. Lieber Herr Kollege Arnold, Sie dürfen sich gerne zu Wort melden. Sie sind doch auch dabei. Was ist denn mit der Finanzierung der Hebammen? Das gehört auch zur Gesundheit! Das gehört auch zu

dieser Aktuellen Stunde! Was ist denn mit Ihrem Kollegen Lauterbach? – Es ist eine Katastrophe, was da gemacht wird. Damit werden den Menschen, die sich im Gesundheitswesen einsetzen wollen, Steine in den Weg gelegt. Das ist der nächste Auftrag, den ich an die Ampel weitergeben möchte.

Ich könnte mit dem Thema Krankenhausfinanzierung weitermachen, aber ich gehe jetzt ganz bewusst weg von Berlin; denn da gibt es viel zu wenige Schritte in die richtige Richtung. Ich komme jetzt zu Bayern, wo sehr viel passiert. Kollege Dr. Spitzer, wir haben 400 Krankenhäuser in Bayern, und Sie sagen: Man sollte sich überlegen, ob man dafür weiterhin so viel investieren sollte. Wir bräuchten da nicht mehr so eine Versorgung in der Fläche. – Ich möchte mich nirgendwo hinstellen und sagen müssen: Wir machen lieber nichts am Krankenhaus A, B oder C, sodass wir dort die Versorgung für die Menschen nicht mehr gewährleisten können. Nein, Bayern macht es anders. Bayern hat über 25 Milliarden Euro in die Krankenhäuser investiert. Jetzt sind wieder 643 Millionen Euro drin. Für mich im ländlichen Raum bedeutet das: Von den aktuell 4,2 Milliarden Euro, die in der Bearbeitung sind, fließen 64 % in den ländlichen Raum. Das war eine richtige Entscheidung. Lieber Minister Klaus Holetschek, vielen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU)

Ich muss die 30 Sekunden von Herrn Kollegen Helmut Radlmeier reinholen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Nein, das musst du nicht! Du hast fünf Minuten!)

– Das habe ich ihm versprochen. Deshalb halte ich mich insoweit kurz, als ich am Schluss meiner Ausführungen noch eine Bitte oder einen kleinen Werbeblock einschieben möchte, und zwar für das Thema "Versorgung im ländlichen Raum". Wir haben in Bayern wirklich ganz tolle Gesundheitsregionen, und wir haben sehr gute Medizinerinnen und Mediziner, die wir zusammenbringen wollen.

(Ruth Waldmann (SPD): Wo sind Ihre Gesundheitspolitiker? Die sind alle nicht da! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Es sind genügend da, keine Sorge!)

– Frau Kollegin Waldmann, Sie haben doch schon Redezeit gehabt! Wollen Sie noch einmal sprechen? Dann melden Sie sich doch noch einmal!

Ich möchte einen Appell an alle Medizinerinnen und Mediziner richten, die in diesen Beruf einsteigen und ihn hier praktizieren wollen: Gehen Sie auf die Gesundheitsregionen zu! Kommen Sie gerne – das ist jetzt der Werbeblock für meinen Stimmkreis – in den Stimmkreis Coburg. Wir freuen uns über jede Ärztin und jeden Arzt, die oder der bei uns praktizieren will, und werden das unterstützen, was woanders nicht getan wird. Wir haben da in Bayern gute Ansätze. Ich freue mich auf sehr viele Medizinerinnen und Mediziner.

Danke, lieber Klaus Holetschek und liebe Kolleginnen und Kollegen in der Regierungsfraktion, dass wir hier auf dem richtigen Weg weitergehen. Das soll es gewesen sein. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste spricht die Kollegin Tanja Schorer-Dremel für die CSU-Fraktion.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! Auch ich möchte mit einem kleinen Einschieblock beginnen. Es hieß hier, wir sollen gemeinsam an Lösungen arbeiten. Lieber Bernhard, zu deinem heutigen Geburtstag sollte man dir mal sagen, dass du eine tolle Arbeit machst und die Leute zusammenbringst, und zwar im Gesundheitsausschuss und gemeinsam mit vielen Institutionen. Wir sind froh, dass wir dich haben. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

"Große Aufgaben gemeinsam lösen" heißt es heute. Um uns dieser Aufgaben bewusst zu werden, sollten wir mal schauen: Wie ist eigentlich der Ist-Stand? – Sehr geehrter Herr Kollege Krahl, Sie haben es eingangs gesagt: Unser Gesundheitssystem gilt als eines der besten der Welt. Ich glaube, diese Meinung teilen viele von uns hier im Saal. Die überdurchschnittlich hohe Zufriedenheit mit der medizinischen Versorgung im Freistaat wurde bei einer Forsa-Umfrage im September dieses Jahres festgestellt: 83 % der bayerischen Bevölkerung sind "sehr zufrieden" oder "zufrieden" mit der medizinischen Versorgung. Für den Bund im Ganzen gesehen sind es nur 78 %.

Schauen wir uns das ein bisschen genauer an: Wir haben hier in Bayern 643 Millionen Euro pro Jahr für die Krankenhausförderung. Wir haben über 400 Krankenhäuser in Bayern und haben – der Kollege Mittag hat es schon gesagt – in den letzten fünfzig Jahren 25 Milliarden Euro für die Menschen vor Ort, für die Pflege, für die Gesundheit, für die Krankenhäuser investiert.

Ich finde es sehr spannend, Herr Kollege Spitzer, dass Sie hier am Rednerpult eine Regulierung fordern, in deren Rahmen man schaut: Wer soll überhaupt noch Gelder bekommen? Wer verdient es überhaupt, dass sein Krankenhaus weiter gefördert wird? – Ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung sagen: Die FDP ist vor Ort die erste Partei, die sich gegen Schließungen von Krankenhäusern ausspricht. Wir dagegen versuchen, Krankenhäuser zu halten, um eine optimale Versorgung der Menschen vor Ort zu bewahren.

Die 430 Millionen Euro im Jahr für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen, lieber Herr Kollege Krahl, zeigen die Wertschätzung für die Pflegenden und vor allen Dingen die pflegenden Angehörigen. Es freut mich sehr, dass wir heute alle einen gemeinsamen Nenner gefunden haben, nämlich die pflegenden Angehörigen ganz besonders in den Fokus zu nehmen und ihnen gegenüber unsere ganz besondere Wertschätzung zum Ausdruck zu bringen.

Gleichzeitig möchte ich sagen: Irgendwie ist dieses "Täglich grüßt das Murmeltier" gerade beim Kollegen Krahl und bei den GRÜNEN immer wieder zu hören; denn über die Akademisierung der Pflege oder die Pflegekammer usw. haben wir uns schon oft im Gesundheitsausschuss unterhalten. Ganz ehrlich: Wir brauchen nicht mehr Akademiker, sondern weiterhin empathische, herzliche und engagierte Pflegerinnen und Pfleger. Davon kenne ich richtig viele.

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Anscheinend treffe ich da gerade einen wunden Punkt bei Ihnen, weil Sie so dazwischenrufen. – Ich glaube, wir können mit dem Stand unserer Pflegeausbildung sehr zufrieden sein. Es ist nicht immer das Geld, das es ausmacht, sondern auch die Arbeitsbedingungen und sicherlich auch die Bürokratie. Ich darf mich ganz herzlich bei unserem Gesundheitsminister Klaus Holetschek bedanken, der hier neue Akzente setzt und sich aufmacht, die Probleme anzugehen und die Pflege in den Mittelpunkt zu stellen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich darf mich auf den Kollegen Mittag beziehen, wenn es um die neuen Medizinstudienplätze geht. Martin, du hast vollkommen recht: Jeder, der einen Medizinstudienplatz erhält, muss unterstützt werden. Wir müssen uns vor allen Dingen immer wieder vor Augen führen: Wir haben in Schwaben, in Niederbayern und in Oberfranken fast 2.000 neue Medizinstudienplätze geschaffen.

Diese Studienplätze sind nicht nur für Bayern, sondern sie werden über die ZVS für ganz Deutschland zur Verfügung gestellt. Alle anderen Bundesländer – das ist eine Aufforderung auch an alle Länder mit rot-grüner Regierungsbeteiligung – müssen genau dasselbe tun und auch Studienplätze für Medizin schaffen. Wir brauchen das. Allein in Bayern haben wir 80.000 Ärztinnen und Ärzte. Unsere Landarztquote schlägt äußerst positiv zu Buche.

Abschließend noch etwas, das uns auch verbindet: Wir sind dankbar für unsere Pflegekräfte, die Tag und Nacht ihren Dienst an uns Menschen ausüben und vor allen Dingen nicht fragen, ob sie nach einer Arbeitswoche noch am Wochenende arbeiten müssen, die immer da sind und pflegen, bei denen der Mensch im Mittelpunkt steht. Angesichts dieser zwei Gemeinsamkeiten hoffe ich, dass sich noch mehr Gemeinsamkeiten finden werden. Wir von der CSU-Fraktion sind sehr gerne dazu bereit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Abschließend erteile ich dem Staatsminister Klaus Holetschek das Wort.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Abschluss dieser Debatte, für die ich dankbar bin, weil sie dieses Thema in den Mittelpunkt rückt, sollten wir das Verbindende hervorheben: Ich glaube, uns in diesem Haus eint die Sorge um die richtigen Strukturen in der Zukunft. Wir alle möchten, dass Menschen da sind, die sich um andere kümmern, und dass wir die Pflege an dem Leitsatz orientieren, der für uns wichtig ist: an der Würde der Menschen. Das Verbindende ist deswegen, dass wir denen danken, die jeden Tag in der Pflege arbeiten, dass wir denen danken, die sich als pflegende Angehörige für ihre Nächsten einsetzen und auch aufopfern, und dass wir versuchen, gemeinsam die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Ich könnte jetzt zu vielen der Beiträge etliches sagen. Ich glaube, dass wir in Bayern gut aufgestellt sind, wenngleich wir natürlich noch besser werden können, und dass wir an jeder Stelle weiterhin in diesem Sinne arbeiten müssen – in Berlin, in München, in den Kommunen –, weil es um die Menschen geht. Die Menschen sind das Wichtigste, auch für uns in der Politik. Wir wollen den Menschen dienen und für sie da sein. Für die Menschen wollen wir die Strukturen schaffen. Wir versuchen in Bayern, Pflege in den Regionen vor Ort zu denken. Deswegen waren wir vor Kurzem in Nürnberg zusammen mit dem Bayerischen Landkreistag, dem Bayerischen Städtetag, dem Baye-

rischen Bezirketag und dem Bayerischen Gemeindetag, um genau dort vor Ort, wo die Bürgerinnen und Bürger und die Menschen sind, flexibel und passgenau Strukturen zu schaffen für gute Pflege daheim in Bayern.

Was ist das Ziel? – Das Ziel ist doch, dass jeder von uns daheim älter werden will, alt werden will in seinem gewohnten Lebensumfeld, in seinen sozialen Strukturen, und das am besten noch bei guter Gesundheit. Eine Stärkung und eine Zusammenführung müssen das Ziel sein: Es gilt, gemeinsam mit den Kommunen diese Strukturen zu schaffen und flexibel die häuslichen Gemeinschaften stärken, aber auch Angebote der Pflege schaffen, die dann entlasten. "PflegesoNah" – dieses Programm ist schon ein wuchtiger Aufschlag.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich glaube, dass wir im nächsten Haushalt, um da ein bisschen eine Perspektive zu geben, mit einem guten Aufschlag dabei sind. Wir haben dieses Jahr 1.500 neue Pflegeplätze gefördert. Wir haben Plätze für Tagespflege und Kurzzeitpflege geschaffen, weil das dazugehört.

Liebe Kollegin Celina, es ist wichtig, dass bei "PflegesoNah" das Thema Demenz sensibel mitgedacht wird. Es ist nicht so, dass Anträge dazu nur abgelehnt werden, weil das Geld nicht da ist, sondern die Anträge werden auch abgelehnt, weil die Konzepte manchmal noch nicht ausgereift sind und wir die Chance brauchen, die besten Konzepte zu finden. Gerade beim Thema Demenz tun wir sehr viel: Ich nenne nur den Pakt für Demenz, den Demenzfonds, die Demenzwoche mit über 600 Veranstaltungen in ganz Bayern, den bayerischen Demenzpreis mit tollen, kreativen Ideen. Auch da will ich den Ehrenamtlichen danken, die unterwegs sind und sich einsetzen, um Demenzsensibilität zu erreichen und etwas zu tun, um Pflege daheim in Bayern zu ermöglichen. "PflegesoNah" ist ein Thema, das wir auch für die Zukunft brauchen.

Wir müssen jetzt die Weichen stellen. Wir müssen sie nicht nur in der Langzeitpflege stellen, sondern auch in den Krankenhäusern. Das ist auch ein wichtiges Thema. Wir

wissen doch ganz genau: Die Arbeitsbedingungen sind in der Zukunft das Entscheidende, wenn wir über die fachliche Pflege sprechen. Da müssen wir schauen, dass Menschen Beruf und Familie miteinander vereinbaren können und der Weg nicht in die Leiharbeit geht, sondern dass die Beschäftigten im regulären Arbeitsverhältnis Befriedigung finden und Beruf und Familie vereinbaren können, die Menschen also am Abend nach Hause gehen können und sagen: Es ist ein erfüllender Beruf. Ich bin an einem Punkt angekommen, wo ich meine Arbeit gut machen konnte. – Es darf nicht sein, dass sie am Abend nach Hause kommen und sagen: Es hat nicht geklappt, weil zu wenige Menschen da sind. – Dann brennen sie an einem Punkt aus.

Sie brennen für ihre Arbeit. Sie haben eine unglaubliche Leidenschaft. Ich bewundere das wirklich immer wieder, wenn ich Pflegekräfte treffe, die mir dann sagen: Das ist der schönste Beruf, und ich würde das immer wieder machen; aber es wäre gut, wenn ich nicht jedes Wochenende wieder zurückkommen müsste und wenn nicht jedes Wochenende der Anruf käme, dass zu wenige da sind. – Das müssen wir ändern! Hier müssen wir die richtigen Strukturen schaffen, damit auch in Zukunft "Gute Pflege. Daheim in Bayern" möglich ist.

Natürlich gibt es auch in Berlin Hausaufgaben, mit Verlaub. Wenn wir jetzt ein neues Personalbemessungssystem beim Krankenhausentlastungsgesetz einführen, dann ist die Frage, warum das im Einvernehmen mit dem Finanzminister passieren muss. – Also, ich verstehe nicht ganz, warum der Gesundheitsminister in Berlin nicht sagen kann, wie die Personalbemessung in den Krankenhäusern läuft, sondern dass er dazu das Einvernehmen des Bundesfinanzministers braucht. Entweder macht die Gesundheitspolitik der Ressortminister oder der Bundesfinanzminister. Beides ist irgendwie schwierig, und das ist für mich auch nicht nachvollziehbar an dieser Stelle.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Personalbemessung darf sich tatsächlich nicht ausschließlich an den finanziellen Ressourcen orientieren. Genauso ist es beim GKV-Finanzstabilisierungsgesetz, falls man

das überhaupt so nennen kann. Wenn ich dort Pflegebudgets ändere und die Hebammen auf einmal nicht mehr über die Pflegebudgets finanziert werden, dann verschärfe ich die Situation im Prinzip. Gerade die Hebammen sind in diesem Bereich unglaublich wichtig. Deswegen haben wir in Bayern auch eigene Programme, und die brauchen wir auch.

Lassen Sie uns dieses Thema deshalb weiter in den Mittelpunkt unseres politischen Handelns stellen und auf allen Ebenen daran arbeiten. Ich will hier nicht nur in eine Richtung gehen. Wir haben eine Verantwortung dort, wo wir Politik machen. Dieser müssen wir gerecht werden, damit die Menschen auch in zehn oder fünfzehn Jahren "Gute Pflege.Daheim in Bayern" haben. Dafür wollen wir gemeinsam arbeiten, und dafür wollen wir auch in der Zukunft unsere Aufgaben gut erfüllen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie des Staatsministers
Dr. Florian Herrmann)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Herr Staatsminister. – Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, damit ist der Tagesordnungspunkt 1, Aktuelle Stunde, beendet.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Anträge

1. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Umsetzung der SGB VIII-Reform in Bayern – Barrierefreiheit in der Kinder- und Jugendhilfe auf den Weg bringen
 Drs. 18/22691, 18/24809 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Umsetzung der SGB VIII-Reform in Bayern – Personalplan vorlegen
 Drs. 18/22692, 18/24810 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Bernhard Seidenath, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Eltern und Kinder in psychischen Belastungssituationen unterstützen II: Elternkompetenz stärken
Drs. 18/23024, 18/24412 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Eltern und Kinder in psychischen Belastungssituationen unterstützen III: Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stärken, psychiatrische und psychosomatische Versorgung weiter verbessern: Bedarfsplanung überarbeiten
Drs. 18/23025, 18/24616 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kindertagespflege in Bayern stärken I: Potenzial erkennen, Wertschätzung ausdrücken
Drs. 18/23129, 18/24558 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kindertagespflege in Bayern stärken II: Qualifizierung gesetzlich festlegen und flächendeckend anheben
Drs. 18/23130, 18/24559 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kindertagespflege in Bayern stärken III:
Leistungsgerechte Vergütung verbindlich regeln
Drs. 18/23131, 18/24619 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kindertagespflege in Bayern stärken IV: Qualitätsentwicklung fördern
Drs. 18/23132, 18/24618 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kindertagespflege in Bayern stärken V:
Vertretungsstrukturen gesetzlich festlegen
Drs. 18/23133, 18/24617 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen u.a. SPD
Mehr Anerkennung und Wertschätzung
für Freiwilligendienstleistende in Bayern
Drs. 18/23181, 18/24812 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Eric Beißwenger, Kerstin Schreyer u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Energiepreisexplosion – Soforthilfe für die Unternehmen der energieintensiven Industrien
Drs. 18/23188, 18/24788 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Prof. Dr. Ingo Hahn, Oskar Atzinger u.a. und Fraktion (AfD)
Errichtung eines Bayerischen Museums für Römische Geschichte in Augsburg
Drs. 18/23217, 18/24645 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. AfD
Mehr Förderlehrer an Grund- und Mittelschulen
Drs. 18/23220, 18/24821 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mittelschulen stärken II: Mehr Leitungszeit für Schulleitungen
Drs. 18/23234, 18/24822 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mittelschulen stärken III: Differenzierung flexibel gestalten
Drs. 18/23235, 18/24823 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mittelschulen stärken IV: Sonderrolle der Mittelschule beenden
Drs. 18/23236, 18/24824 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mittelschulen stärken V: Deutschunterricht flexibel gestalten
Drs. 18/23237, 18/24825 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mittelschulen stärken VI:
Gezielte Vorbereitung auf den Berufseinstieg voranbringen
Drs. 18/23238, 18/24826 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mittelschulen stärken VII: „Einfache Sprache“ voranbringen
Drs. 18/23239, 18/24827 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Kein Verbot der Neuzulassung von Verbrennungsmotoren
Drs. 18/23244, 18/24789 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wohnraumförderungsbestimmungen 2022 nachbessern – objektabhängiges Darlehen auf ursprüngliches Niveau erhöhen
Drs. 18/23287, 18/24802 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mittelschulen stärken VIII: Einfache Unterrichtsnachweise einführen
Drs. 18/23307, 18/24828 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gesamtverkehrsplan fortschreiben
Drs. 18/23308, 18/24803 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Alexander König, Benjamin Miskowitsch u.a. CSU Ausbaumöglichkeiten der Nutzung erneuerbarer Energien in Mehrfamilienhäusern
Drs. 18/23351, 18/24790 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Florian Ritter, Arif Taşdelen u.a. und Fraktion (SPD) Wort halten! Kommunen bei Aufnahme und Integration geflüchteter Ukrainerinnen und Ukrainer finanziell unterstützen
Drs. 18/23335, 18/24783 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD) Lagebild zum Menschenhandel und zur Ausbeutung in Bayern
Drs. 18/23354, 18/24620 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Die Staatsregierung muss Coronapolitik in Bayern gestalten:
Vulnerable Personen schützen – Besuchsmöglichkeiten sichern!
Drs. 18/23384, 18/24800 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Gasförderung in Bayern – Alle Optionen müssen auf den Tisch!
Drs. 18/23385, 18/24791 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

35. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tanja Schorer-Dremel, Tobias Reiß u.a. und Fraktion (CSU)
Kinderschutz weiter verbessern – rechtliche und strukturelle Voraussetzungen für die Errichtung von „Childhood-Häusern“ in Bayern schaffen
Drs. 18/23386, 18/24599 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Medizincampus Niederbayern auf sichere Fundamente stellen
Drs. 18/23451, 18/24646 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

37. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gute Ganztagesbildung jetzt sichern – Ausbau beschleunigen – auf Qualität setzen I: Bayerisches Ausführungsgesetz zum Ganztagesförderungsgesetz auf den Weg bringen, Landesfinanzierung weitsichtig planen
Drs. 18/23472, 18/24829 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

38. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gute Ganztagesbildung jetzt sichern – Ausbau beschleunigen – auf Qualität setzen II: die Nutzung der Finanzausgleichsmittel, der Basismittel und der Bonusmittel für den beschleunigten Infrastrukturausbau aus dem Ganztagesförderungsgesetz in Bayern jetzt transparent machen
Drs. 18/23473, 18/24830 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

39. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gute Ganztagesbildung jetzt sichern – Ausbau beschleunigen – auf Qualität setzen III: kommunale Büros für die Ganztagesbildung einrichten und finanzieren, Vielfalt, Passung und Qualität des Angebotes sichern
Drs. 18/23474, 18/24831 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

40. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gute Ganztagesbildung jetzt sichern – Ausbau beschleunigen – auf Qualität setzen IV: Qualität durch Weiterbildung für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger voranbringen
Drs. 18/23475, 18/24832 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

41. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gute Ganztagesbildung jetzt sichern – Ausbau beschleunigen – auf Qualität setzen V: Ausbildungscurricula weiterentwickeln und Studierenden vergütete Praktika und Werkverträge in der Ganztagesbildung ermöglichen
Drs. 18/23476, 18/24833 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

46. Antrag der Abgeordneten Diana Stachowitz, Doris Rauscher, Margit Wild u.a. SPD
Für eine Landeselternvertretung im Kitabereich –
Für mehr Mitsprache zum Wohle der Kinder
Drs. 18/23525, 18/24562 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

47. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner u.a. AfD
Zwischenbericht von Experten des MVV zur geplanten
Verbunderweiterung vor dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr
Drs. 18/23527, 18/24805 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

48. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Klima- und Denkmalschutz zusammendenken –
denkmalverträgliche Photovoltaik fördern
Drs. 18/23529, 18/24647 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

52. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Schienennahverkehrsplan endlich fortschreiben
Drs. 18/23541, 18/24806 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

53. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umsetzung des Kultusministerkonferenz-Beschlusses:
Wissenschaftsbrücke in Bayern für alle Studierenden und
Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus und in der Ukraine
Drs. 18/23571, 18/24600 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

54. Antrag der Abgeordneten Manfred Ländner, Tobias Reiß, Holger Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Robert Riedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Katastrophenschutz zukunftsfähig gestalten – Behörden und Einsatzorganisationen zielführend personell und sachlich ausstatten
Drs. 18/23583, 18/24786 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

55. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kein Steuergeld für Schneekanonen – Seilbahnförderprogramm den Anforderungen eines nachhaltigen Tourismus anpassen
Drs. 18/23584, 18/24792 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

59. Antrag der Abgeordneten Volker Bauer, Eric Beißwenger, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Holzheizen III – Maßnahmen zur Verbesserung bei Heizen mit Holz
Drs. 18/23619, 18/24799 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

60. Antrag der Abgeordneten Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Holzheizen IV – Heizen mit Holz weiterhin uneingeschränkt zulassen
Drs. 18/23620, 18/24801 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

61. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Florian Ritter, Arif Taşdelen u.a. SPD
Auch damit alle Kinder schwimmen lernen können:
Energetische Sanierung kommunaler Bäder fördern
Drs. 18/23695, 18/24816 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

62. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Erbschaftsteuer abschaffen!
Drs. 18/23703, 18/24817 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

63. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Robert Riedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kommunen nicht im Regen stehen lassen – Umgang mit steigenden Zinsen bei geförderten Bauprojekten überprüfen!
Drs. 18/23719, 18/24818 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH

64. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Bayerische Unternehmen entlasten:
Nein zur Verschärfung des Nachweisgesetzes!
Drs. 18/23720, 18/24621 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

65. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kommunen nicht im Regen stehen lassen –
Preissteigerung bei Bauprojekten abfedern!
Drs. 18/23836, 18/24819 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH

66. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Uli Henkel, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Verlängerung der Frist der Grundsteuererklärung
Drs. 18/23840, 18/24813 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

67. Antrag der Abgeordneten Christoph Maier, Stefan Löw, Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD)
Änderung Staatsangehörigkeitsgesetz – Keine deutsche Staatsbürgerschaft für Terroristen und Clanmitglieder
Drs. 18/24058, 18/24840 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>